

aktuelle analysen

57

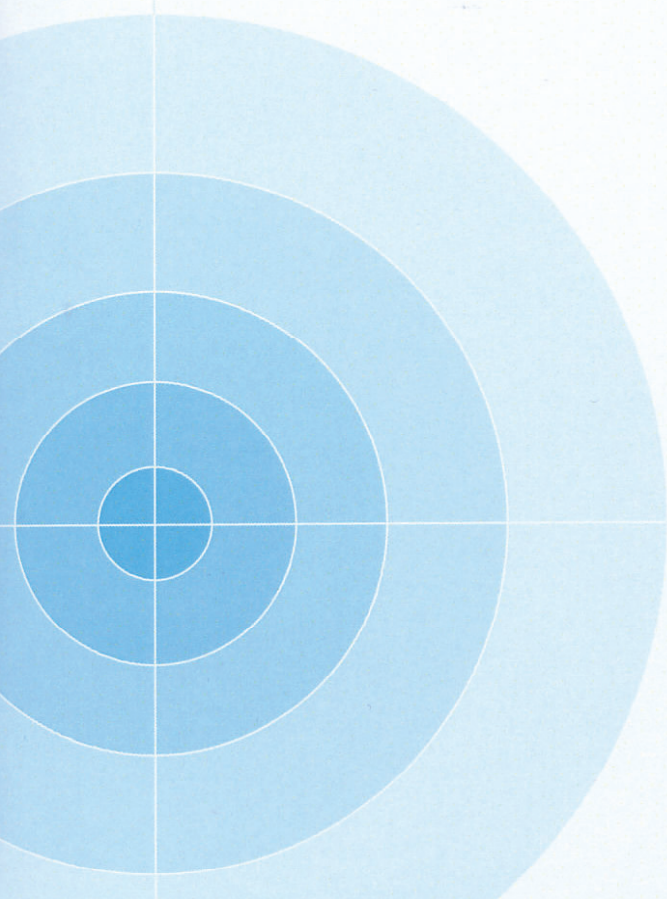


Hanns
Seidel
Stiftung

Akademie für
Politik und
Zeitgeschehen

Franz Urban Pappi

CSU- UND CDU-WÄHLERSCHAFTEN IM SOZIALSTRUKTURELLEN VERGLEICH



Franz Urban Pappi

CSU- UND CDU-WÄHLERSCHAFTEN IM SOZIALSTRUKTURELLEN VERGLEICH

Impressum

| | |
|--|---|
| ISBN | 978-3-88795-390-4 |
| Herausgeber | Copyright 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , online: www.hss.de |
| Vorsitzender | Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h. |
| Hauptgeschäftsführer | Dr. Peter Witterauf |
| Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen | Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser |
| Leiter PRÖ / Publikationen | Hubertus Klingsbögl |
| Autor | Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Urban Pappi |
| Redaktion | Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin) |
| Druck | Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München |

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|--|----|
| 1. | Fragestellung | 5 |
| 2. | Untersuchungsplan | 9 |
| 3. | Die Sozialstruktur der deutschen Wählerschaft nach Regionen und Perioden | 11 |
| 3.1 | Religion und Schicht als Merkmale der traditionellen Spaltungskultur | 11 |
| 3.2 | Soziale Lage und Einstellung zum Sozialstaat | 15 |
| 4. | Die soziale Zusammensetzung von CSU- und CDU-Wählerschaft | 23 |
| 4.1 | Kernwählergruppen der deutschen Parteien | 23 |
| 4.2 | Die soziale Lage der Parteiwählerschaften | 28 |
| 5. | Schlussfolgerungen für den Vergleich von CSU- und CDU-Wählerschaft | 31 |
| | Anmerkungen | 32 |

CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich*

Franz Urban Pappi

1. Fragestellung

CDU und CSU haben den deutschen Wählermarkt so aufgeteilt, dass sich die Wähler nicht zwischen ihnen entscheiden können. Sie finden in Bayern die CSU als Wahlalternative auf dem Stimmzettel und im Rest der Republik die CDU. Für die Bildung ihrer Fraktionsgemeinschaft im Bundestag werden in der Geschäftsordnung Bedingungen gestellt. Dort heißt es in § 10 zur Bildung von Fraktionen: „Die Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestags, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die aufgrund gleichgerichteter Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen.“

Die gleichgerichteten Ziele garantieren nicht unbedingt Wählerschaften, die die gleichen Interessen haben. Diese Interessen können natürlich in dem Umfang gleich sein, in dem die Wähler eine Partei wegen ihrer politischen Ziele wählen. Insofern sind gleiche Interessen vom Angebot induziert. Die Wählernachfrage wird aber nicht nur von den Parteizielen gesteuert. Sie hängt auch von der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft ab, und soweit diese zwischen CDU und CSU abweicht, sind andere Interessenschwerpunkte zu vermuten. Insofern ist ein Vergleich dieser sozialen Zusammensetzung zwischen CSU- und CDU-Wählerschaften aufschlussreich. Aus den Ergebnissen werden sich klare Hinweise auf mehr oder weniger starke Unterschiede der beiden Wählerschaften auch im Hinblick auf ihre politischen Einstellungen und Präferenzen ergeben.

Der Vergleich der Wählerschaften einzelner Parteien ist nicht die Hauptfragestellung der Wahlforschung. Hier ist die Fragestellung umgekehrt. Nicht: Wie unterscheidet sich die soziale Zusammensetzung der Parteiwählerschaften?, sondern: Wie unterscheiden sich die sozialstrukturellen Gruppen im Hinblick auf ihre Wahlentscheidung? Man interessiert sich für den Einfluss, den die soziale Zugehörigkeit einer Person auf ihre Wahlentscheidung hat. So erhofft man sich eine Antwort auf die Ursachen der Wahlentscheidung. Vergleicht man dagegen die Wählerschaften einzelner Parteien, stellt man sich auf den Standpunkt der Parteien, die sich fragen, wie sie ihre Klientel ansprechen müssen, um sie weiterhin an sich zu binden, oder was sie ihrer Stammklientel zumuten können, wenn sie neue Wählerschichten gewinnen wollen. Dass dieser Perspektivenwechsel bei denselben Ausgangsdaten zu unterschiedlichen Ergebnissen führen kann, sei an einem Beispiel erläutert.

Gegeben seien 100 Wähler, von denen die eine Hälfte CDU oder CSU wählt und die andere Hälfte eine andere Partei. Wählt man einen aus den 100 zufällig aus, ist also die Wahrscheinlichkeit, dass er die Union wählt $1/2$. Jetzt erfährt man, dass die religiösen Wähler unter den 100 alle CDU oder CSU wählen. Dann kann man einen maximalen Erklärungserfolg mit der Religiosität insofern erzielen, als eine zufällig gezogene religiöse Wählerin 100-prozentig die Union wählen wird. Wenn man dann allerdings zusätzlich erfährt, dass es unter den 100 nur 10 Religiöse gibt, können sich CDU und CSU leicht ausrechnen, dass 40 ihrer Wähler nicht religiös sind und damit mit $4/5$ die Mehrheit ihrer Wählerschaft ausmachen. Das wäre natürlich ganz anders, wenn es 50 Religiöse und 50 Nicht-Religiöse unter den 100 gäbe. Die Wahrscheinlichkeit von 1.0 der Religiösen zur Unions-Wahl würde dann auch implizieren, dass alle Nicht-Religiösen nicht CDU / CSU wählten, d. h. dass die Union keinen einzigen Nicht-Religiösen in ihrer Wählerschaft hätte. Dieses Szenario entspräche einer maximalen Polarisierung der Wähler nach dem Merkmal Religiosität.

Wissenschaftliche Artikel über den Einfluss sozialstruktureller Merkmale auf die Wahlentscheidung diagnostizieren entgegen der landläufigen Meinung oft eine große Stabilität über die Zeit, besonders natürlich dann, wenn die Zeitspanne nicht zu lange ist und z. B. nur den Zeitraum seit der Wiedervereinigung umfasst.¹ Trotz der gefundenen Stabilität zwischen Ursache und Wirkung können sich bei den Parteiwählerschaften Änderungen ergeben, die einfach dem sozialen Wandel der ursächlichen Merkmale selbst geschuldet sind. Die Beschreibung dieses sozialen Wandels der deutschen Wählerschaft insgesamt soll helfen, die Ausgangssituation für den dann folgenden Vergleich von CSU- und CDU-Wählerschaft zu klären. Damit kann eine Ursache eventueller Änderungen der sozialen Zusammensetzung der Parteiwählerschaften aufgespürt werden.

Der soziale Wandel kann in den verschiedenen Regionen Deutschlands mit unterschiedlicher Geschwindigkeit ablaufen. Somit können sich die Unterschiede der regionalen Sozialstrukturen vergrößern oder verkleinern, je nachdem ob es sich um ein Vorseilen der wirtschaftlich dynamischeren Regionen oder einen Aufholprozess der wirtschaftlich schwächeren Regionen handelt. Doch selbst bei paralleler Dynamik dürfen die Ausgangsunterschiede nicht übersehen werden, die vor allem West- und Ostdeutschland kennzeichnen. Wegen des Untersuchungsziels eines Vergleichs von CSU- und CDU-Wählerschaften empfiehlt sich eine regionale Dreiteilung Deutschlands in Bayern, Westdeutschland ohne Bayern und Ostdeutschland.

Die Zeitspanne für die Untersuchung muss lang genug sein, um auch Änderungen in der Generationszusammensetzung der Wählerschaft analysieren zu können. Wenn es Änderungen im Einfluss sozialstruktureller Merkmale auf die Wahlentscheidung gibt, sind sie in der Regel der Generationensukzession geschuldet. Die einzelnen Wähler bleiben im Verlauf ihres Lebens ihren politischen Grundüberzeugungen treu, die sie sich als junge Erwachsene unter den damaligen politischen Verhältnissen gebildet haben. Nur die Verhältnisse selbst ändern sich, denen die jeweils 18- bis 25-Jährigen ausgesetzt sind, so dass sich die politischen

Grundüberzeugungen der Generationen unterscheiden. Ein etwa 30-jähriger Untersuchungszeitraum wird eine genügend große Generationensukzession garantieren, so dass ihre Auswirkungen auf die Gesamtwählerschaft studiert werden können.

Stabile Grundüberzeugungen schließen Änderungen des Wählerverhaltens nicht und Veränderungen der in Umfragen abgefragten Parteipräferenzen schon gar nicht aus. Hier gibt es kurzfristige Schwankungen, die zu berücksichtigen sind. Vergleicht man z. B. die Wählerschaft einer Partei zwischen zwei Umfragen, bei denen sie das eine Mal sehr gut, sagen wir mit 4/5 Zustimmung, und das andere Mal normal, mit einer Zustimmung von 50 Prozent der Wähler abgeschnitten hat. Wir bleiben bei dem Beispiel mit 100 Wählern, die jetzt nach sozialer Schicht in 50 Arbeiter- und 50 Mittelschichtangehörige aufgeteilt seien. Bei einem ausgeglichenen Meinungsklima zwischen sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien würden alle Arbeiter erstere und alle Mittelschichtangehörigen letztere wählen. Jetzt ändere sich aber das kurzfristige Meinungsklima stark zugunsten der bürgerlichen Parteien, so dass diese auf 4/5 Zustimmung kommen. Wie würde sich die Zustimmung auf die Schichten aufteilen (Tabelle 1)? Während bei dem ausgeglichenen Stimmenverhältnis bei Normalwahl vollständige Polarisierung nach Schicht herrschte, würde ein „bürgerliches“ Meinungsklima mit 4/5, also 80 Stimmen für die bürgerlichen Parteien bedeuten, dass auch 30 Arbeiter eine bürgerliche Partei unterstützen. Das heißt mit anderen Worten, dass besonders erfolgreiche Parteien bei einzelnen Wahlen auch repräsentativer für die Gesamtwählerschaft werden und zwar auf Kosten des Gewichts ihrer Daueranhänger in ihrer Wählerschaft.

Tabelle 1: Schichtrepräsentation abhängig vom Mehrheitsstatus der Partei

| | 1. Normalwahl | | | 2. „Bürgerliches“ Meinungsklima | | |
|------------------|---------------|---------------|--------|---------------------------------|---------------|--------|
| | Arbeiter | Mittelschicht | Gesamt | Arbeiter | Mittelschicht | Gesamt |
| Sozialdemokraten | 50 | – | 50 | 20 | – | 20 |
| Bürgerliche | – | 50 | 50 | 30 | 50 | 80 |
| Gesamt | 50 | 50 | 100 | 50 | 50 | 100 |

Derartige kurzfristige Effekte auf die Zusammensetzung der Wählerschaften einzelner Parteien stellen für einen Strukturvergleich der Wählerschaften von CDU und CSU Störeinflüsse dar. Diese lassen sich dadurch minimieren, dass man Umfragen über einen längeren Zeitraum zusammenfasst in der Annahme, dass das Meinungsklima kurzfristig schwankt und sich die Vor- und Nachteile für einzelne Parteien ausgleichen. Ein anderer Effekt lässt sich so aber nicht kontrollieren. Wenn die CSU in Bayern generell bei Wahlen oder in Umfragen bessere Ergebnisse erzielt als die CDU im Rest der Republik, ist ihre Wählerschaft notwendigerweise auch für die Gesamtwählerschaft in ihrer Region repräsentativer als die CDU in den Ländern, in denen sie wählbar ist. Dazu kommen sozialstrukturelle Ursachen der Abwei-

chung der Wählerschaften von CSU und CDU, die in der zwischen Bayern und den anderen Ländern abweichenden Sozialstruktur zu vermuten sind, und schließlich politische Ursachen, die den größeren Dauerfolg der einen im Vergleich zur anderen Partei erklären. Letztere können, als jenseits unserer Fragestellung stehend, hier nicht behandelt werden.

Die Sozialstruktur einer Gesellschaft ändert sich langsam, aber stetig. Zeitvergleichen, die nur einen relativ kurzen Zeitraum umspannen, entgeht der längerfristige soziale Wandel, zumindest insoweit, als er mit harten, vergleichbaren Daten nachweisbar ist. Der hier zugrunde gelegte Untersuchungsplan wird in Abschnitt 2 erläutert. Daran anschließend werden für das Wählerverhalten wesentliche Trends des sozialen Wandels über einen Zeitraum von 30 Jahren herausgearbeitet, bevor in Abschnitt 4 die soziale Zusammensetzung von CSU- und CDU-Wählerschaft verglichen wird.

2. Untersuchungsplan

Die amtliche Statistik liefert wichtige Ergebnisse für den sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland. Aus Sicht der Wahlforschung haben diese Ergebnisse nur zwei große Nachteile. Die entsprechenden Veröffentlichungen beziehen sich in der Regel nicht auf die wahlberechtigte Bevölkerung und die Daten selbst haben große Lücken, was die für die Wahlforschung zentralen Bevölkerungseigenschaften betrifft. Bei Bundestagswahlen wahlberechtigt sind nur die ab 18-jährigen deutschen Staatsbürger und, was die Bevölkerungseigenschaften betrifft, fehlen Merkmale wie Religion und Kirchengang, aber auch Angaben über den früheren Beruf von Rentnern und Pensionären. Und wenn Wahlergebnisse berichtet werden, dann verhindert natürlich das Prinzip der geheimen Wahl Aufgliederungen nach sozialen Merkmalen der Wähler. Nur in der repräsentativen Wahlstatistik steht eine Aufgliederung der Wahlentscheidung nach Altersgruppen und Geschlecht zu Verfügung.

Repräsentative Umfragen können hier eine alternative Datenbasis liefern, wenn sie über einen längeren Zeitraum die demographischen Informationen über die Befragten mit gleichen Fragen erhoben haben. Leider ist diese Bedingung umso leichter zu erfüllen, je kürzer der Demographie-Teil der Umfragen ist. Man muss deshalb noch die zweite Bedingung stellen, dass die soziographischen Angaben über die Befragten für eine Untersuchung des sozialen Wandels auch breit genug abgefragt wurden. Beide Bedingungen zusammen erfüllt die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, kurz ALLBUS, in hervorragender Weise. Diese Umfrage wird seit 1980 in zweijährigem Turnus durchgeführt, mit der Feldarbeit jeweils in der ersten Jahreshälfte, und bietet sich als „Instrument zur Untersuchung des sozialen Wandels“ an.² Für diesen Zeitraum stehen insgesamt 49.793 wahlberechtigte Befragte mit den Angaben zu ihren sozialstrukturellen Merkmalen und zur Wahlabsicht zur Verfügung.³ Letztere wurde regelmäßig mit der sog. Sonntagsfrage erhoben: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer Zweitstimme wählen?“ Wenn im Folgenden von den Wählerschaften einzelner Parteien die Rede ist, handelt es sich um Befragte, die als Antwort auf die Sonntagsfrage die entsprechende Partei nannten. Statt als Wahlabsicht sei diese Variable abwechselnd auch als Parteipräferenz bezeichnet.

Ein Vergleich der Wählerschaften von CSU und CDU setzt zumindest die regionale Aufgliederung in Bayern und den Rest der Bundesrepublik voraus. Bei einem Zeitvergleich ist andererseits zu berücksichtigen, dass die Zielpopulation der ALLBUS-Erhebungen von 1980 bis 1990 die Wahlberechtigten der alten Bundesrepublik einschließlich West-Berlins⁴ waren. Erst ab dem ALLBUS 1991 sind die Ostdeutschen Teil der Erhebungen. Das hat für die soziale Zusammensetzung der CDU-Wählerschaften Konsequenzen, für die der CSU nicht. Deshalb empfiehlt sich als regionale Einteilung eine Dreiteilung in Bayern, Westdeutschland ohne Bayern (mit West-Berlin) und Ostdeutschland (mit Ost-Berlin).

Für den Zeitvergleich wird ebenfalls eine Dreiteilung vorgenommen und zwar grob nach den drei Dekaden 1980 bis 1990, 1991 bis 1998 und 2000 bis 2008. Somit umfasst die erste Dekade die alte Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung, die zweite Dekade die Zeit unmittelbar nach der Wiedervereinigung unter der Regierung Kohl und die dritte Dekade die neue Berliner Republik mit einer ostdeutschen Wählerschaft, deren politische Einstellungen ein gewisses Gleichgewicht gefunden haben dürften, das nicht mehr unmittelbar vom Erlebnis der Wiedervereinigung geprägt ist. Das ergibt insgesamt acht Untersuchungsgruppen:

1. für den Zeitraum 1980 bis 1990 Bayern und sonstiges Westdeutschland,
2. für den Zeitraum 1991 bis 1998 Bayern, sonstiges Westdeutschland und Ostdeutschland und
3. für den Zeitraum 2000 bis 2008 Bayern, sonstiges Westdeutschland und Ostdeutschland.

Der Tabelle 2 ist zu entnehmen, wie viele Befragte in den acht Untersuchungsgruppen jeweils vertreten sind. Diese Zahlen sind als sichere Datenbasis für verlässliche Angaben über jede dieser Gruppen ausreichend.

Tabelle 2: Die im ALLBUS Befragten nach Periode und Region

| | Bayern | West (ohne Bayern) | Ost | Gesamt |
|-----------|--------|--------------------|--------|--------|
| 1980-1990 | 3.187 | 1.4961 | – | 18.148 |
| 1991-1998 | 1.871 | 8.373 | 5.911 | 16.155 |
| 2000-2008 | 2.141 | 8.051 | 5.298 | 15.490 |
| Gesamt | 7.199 | 31.385 | 11.209 | 49.793 |

3. Die Sozialstruktur der deutschen Wählerschaft nach Regionen und Perioden

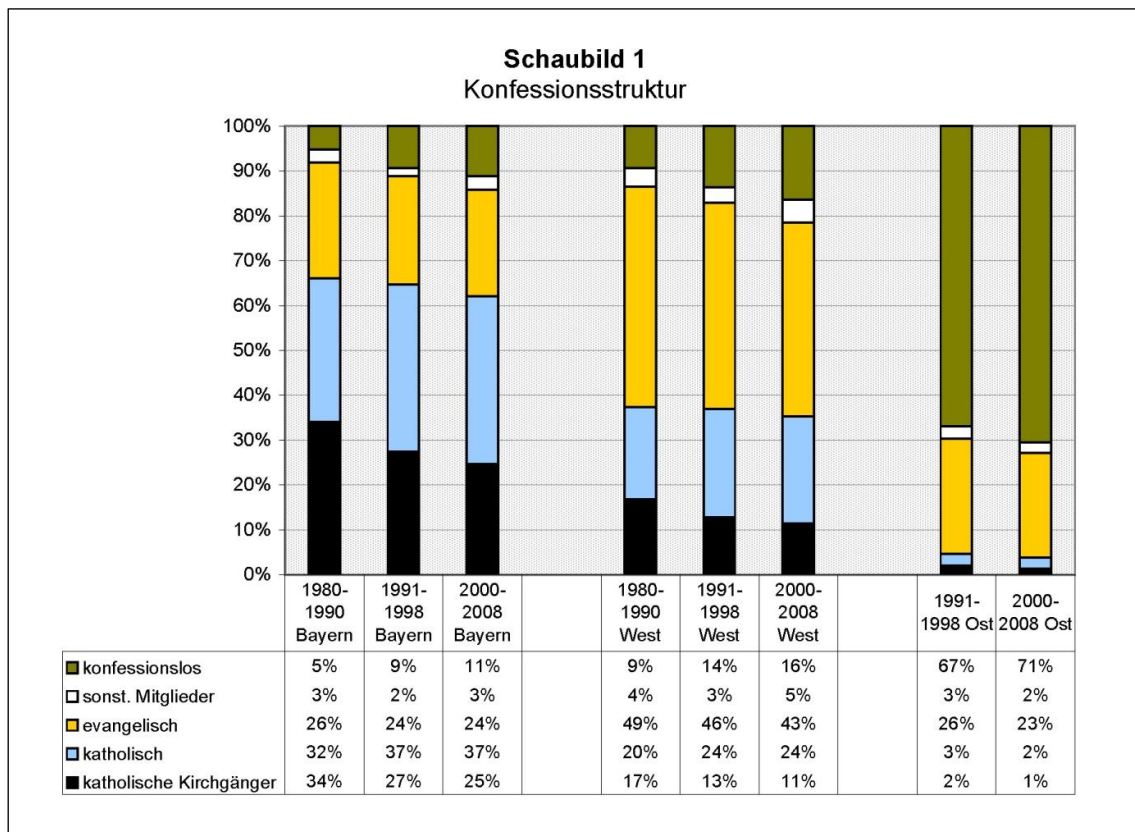
Die für das Wählerverhalten bei Bundestagswahlen dominanten sozialen Einflüsse sind von der Wahlforschung vielfach untersucht worden.⁵ Mit diesen als relevant für die Parteipräferenz erwiesenen Merkmalen lässt sich nun umgekehrt die Wählerschaft der Parteien beschreiben. Dabei ist das Augenmerk zunächst auf die Kernwählergruppen der Parteien zu legen; deren Bindung an „ihre“ Partei geht auf die Zeit der Entstehung des deutschen Parteiensystems zurück. Dazu gehören in Deutschland die Einflüsse der Konfessions- und der Schichtstruktur mit der besonderen Bindung der katholischen Kirchgänger an die beiden christlichen Parteien und der Arbeiter an die als Arbeiterpartei entstandenen Sozialdemokraten. Zu diesen Einflüssen der traditionellen sozialen Spaltungsstruktur des Parteiensystems kommen dann wirtschaftliche Einflüsse der Gegenwart, wie sie sich in der Einkommensverteilung oder dem Erwerbsstatus niederschlagen. Deren Einfluss auf die Parteipräferenz ergibt sich oft indirekt über die Einstellung zum Sozialstaat und die daran geknüpften Erwartungen an die Politik.

3.1 Religion und Schicht als Merkmale der traditionellen Spaltungsstruktur

Die Entstehungszeit der traditionellen Spaltungsstruktur des deutschen Parteiensystems ist die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Damals entstand das Bündnis zwischen katholischer Kirche und der Zentrumsparterie im Kulturkampf und die SPD wurde als politische Partei der Arbeiterbewegung aufgebaut. Die zwei neuen Entwicklungen waren nach dem Zweiten Weltkrieg die Gründung einer christlichen Partei, die nicht nur Katholiken, sondern auch Protestanten ansprach, und der Übergang der SPD vom Selbstverständnis einer Klassenpartei zu einer Volkspartei mit Arbeitnehmerschwerpunkt. Sowohl Union als auch SPD gaben damit ihre besondere Bindung an ihre traditionellen Kernwählergruppen aber nicht auf. Mit der programmatischen Öffnung für weitere Gruppen wurde aber das Gewicht der traditionellen Kernwählergruppen innerhalb der Parteiwählerschaften insgesamt natürlich geschwächt. Wohl nicht zuletzt aus diesem Grund setzte in einem Teil der Wahlforschung schon in den 1960er- und 1970er-Jahren die „Erzählung“ von der abnehmenden Bedeutung der traditionellen Konfliktlinien für das Wählerverhalten ein.⁶ Diese abnehmende Bedeutung ließ sich in der Pauschalität, wie sie behauptet wurde, statistisch nur nicht nachweisen.⁷ Erst im Zusammenhang mit der allmählichen Generationensukzession in der Wählerschaft ergibt sich ein vollständiges Bild, weil diese abnehmende Bedeutung der traditionellen Konfliktlinien erst für die jüngsten Generationen beobachtbar ist. So weisen Pappi und Brandenburg⁸ nach, dass katholischer Kirchgänger nach wie vor eine der wirksamsten Determinanten der Wahlabsicht für CDU und CSU ist; erst bei der jüngsten Kohorte der seit 1954 Geborenen verliert sie etwas an Erklärungskraft. Die ältesten Angehörigen dieser jüngeren Generation waren zum ersten Mal 1972 wahlberechtigt, ihr fehlen die für die Älteren prägenden Erfahrungen mit der frühen Bundesrepublik. Die vor 1954 geborenen katholischen Kirchgänger halten an ihrer Parteipräferenz auch mit zunehmendem Alter fest. Da der Anteil der Vorkriegs- und unmittelbaren Nachkriegsgeneration an der Gesamtwählerschaft immer mehr abnimmt, kommt es zu einem langsamen Wandel

des Elektorats. Zählt man alle vor 1939 Geborenen zur Vorkriegsgeneration, so machte diese Kohorte in unserer ersten Untersuchungsperiode von 1980 bis 1990 noch 47 Prozent der Gesamtwählerschaft aus, nimmt im Zeitraum 1991 bis 1998 auf 33 Prozent ab und beträgt im Zeitraum 2000 bis 2008 nur noch 21 Prozent. Diese Prozentsätze der einzelnen Generationen unterscheiden sich nicht nach den drei Untersuchungsregionen.

Dagegen sind, wie zu erwarten, die Unterschiede der drei Regionen nach der Konfessionsstruktur erheblich (vgl. Schaubild 1). Die Mehrheit der bayerischen Wähler ist katholisch, während der Anteil der Katholiken im sonstigen Westdeutschland nur etwas mehr als ein Drittel beträgt und im Osten auf Prozentwerte auf fünf und weniger sinkt. Die Mehrheit der ostdeutschen Wählerschaft ist mit über zwei Drittel konfessionslos, was sich stark zugunsten einer Parteipräferenz für die PDS bzw. Die Linke auswirkt.⁹ Angesichts dieser großen Unterschiede der Konfessionsstruktur fällt der Rückgang der Kirchgänger unter den Katholiken eher bescheiden aus. Er sinkt in Bayern von 34 Prozent der Gesamtwählerschaft in der ersten Dekade auf 25 Prozent im Zeitraum 2000 bis 2008, von 17 auf 11 Prozent in Westdeutschland und beträgt in Ostdeutschland sowieso nur 1 bis 2 Prozent der Gesamtwählerschaft. Als Kirchgänger werden hier Katholiken gezählt, die mindestens einmal im Monat zur Kirche gehen. Chancen auf den Status einer Mehrheitspartei hat man in Westdeutschland ohne Bayern nur, wenn man auch Anklang bei Protestanten findet, und in Ostdeutschland, wenn man auch Konfessionslose gewinnen kann.



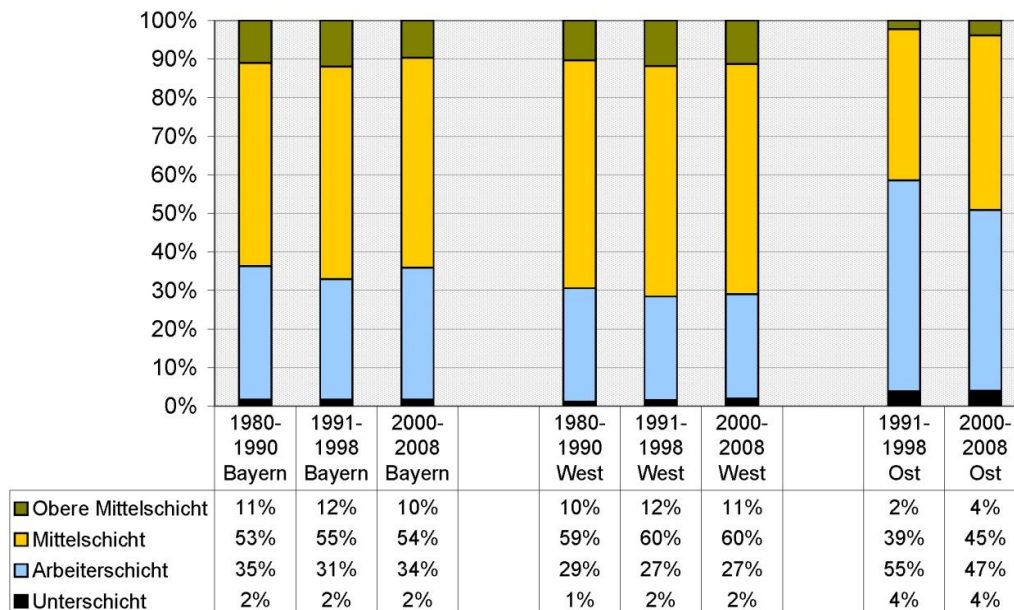
Die Schicht- oder Klassenstruktur einer Wählerschaft ist schwerer zu untersuchen als die Konfessionsstruktur. Das liegt nicht nur an der schwierigeren Begriffsbildung, sondern auch an Zuordnungsproblemen für den Teil der Wählerschaft, der nicht zur Erwerbsbevölkerung gehört. Soweit die Einordnung in eine soziale Klasse nach dem Beruf erfolgt, muss für die aktuell Nicht-Erwerbstätigen nach dem früheren Beruf, nach dem Beruf des Ehepartners oder, z. B. für Studierende, nach dem Beruf des Vaters gefragt werden, je nachdem, welchen Beruf man für die aktuelle Klassenlage des Befragten für ausschlaggebend hält. Soll dann die Berufsangabe Aufschluss über die berufliche Tätigkeit geben und nicht nur darüber, ob jemand Arbeiter, Angestellter, Beamter oder Selbständiger ist, ist das Risiko, keine brauchbaren Angaben zu erhalten, sehr hoch. So liegt der Anteil fehlender Werte für die Berufsklassen nach Goldthorpe¹⁰ und Müller¹¹ im ALLBUS zwischen 13 und 21 Prozent.¹²

Die Stärke dieser Klassenvariablen ist die Aufspaltung der sog. Dienstklasse in die administrativen Dienste, die Klasse der Experten und in die Erbringer sozialer und kultureller Dienstleistungen. Letztere bilden nach Müller¹³ oder Kriesi¹⁴ die Klassenbasis der Grünen. Sie erbringen personenbezogene Dienstleistungen wie Lehrer, Sozialarbeiter oder auch Ärzte und ihre Dienste hängen in vielfacher Weise von institutionellen Regeln des modernen Sozialstaats einschließlich des Bildungssystems ab. Nach den Analysen von Müller und Klein¹⁵ weist dagegen die administrative Dienstklasse eine überdurchschnittliche Nähe zur Union auf, in der jüngsten Generation sogar die größte Nähe von allen Berufsklassen einschließlich des traditionell unionsnahen Kleinbürgertums.

Für die großen Volksparteien ist natürlich nach wie vor die Unterstützung durch die zahlenmäßig starken Klassen oder Schichten wichtig. Hier kann man auf die subjektive Schichtidentifikation zurückgreifen, d. h. die an alle Befragten unabhängig von ihrer Erwerbstätigkeit gestellte Frage, ob man sich der Unterschicht, der Arbeiterschicht, der Mittelschicht, der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht zurechne. Der Prozentsatz der Befragten, die eine Einordnung ablehnen oder aus sonstigen Gründen keine Angabe machen, hält sich hier mit 4,6 in Grenzen.

Ein Zeitvergleich der so gemessenen Schichtstruktur zeigt für Bayern und Westdeutschland große Stabilität (vgl. Schaubild 2)¹⁶. Nur die Ostdeutschen scheinen erst allmählich in der Mittelstandsgesellschaft anzukommen. Identifizierten sich dort in den 90er-Jahren erst 39 Prozent mit der Mittelschicht, sind es eine Dekade später 45 Prozent, was vor allem auf Kosten der Arbeiterschicht geht, die von 55 auf 47 Prozent abnahm. In den alten Bundesländern stellt die Mittelschicht mit Prozentwerten zwischen 53 und 60 die Mehrheit, wobei die bayerischen Werte immer unter denen für Westdeutschland liegen. Die Arbeiterschicht ist in Bayern mit etwa einem Drittel der Befragten stärker vertreten als in Westdeutschland mit einem Wert von 27 Prozent seit Beginn der 1990er-Jahre.

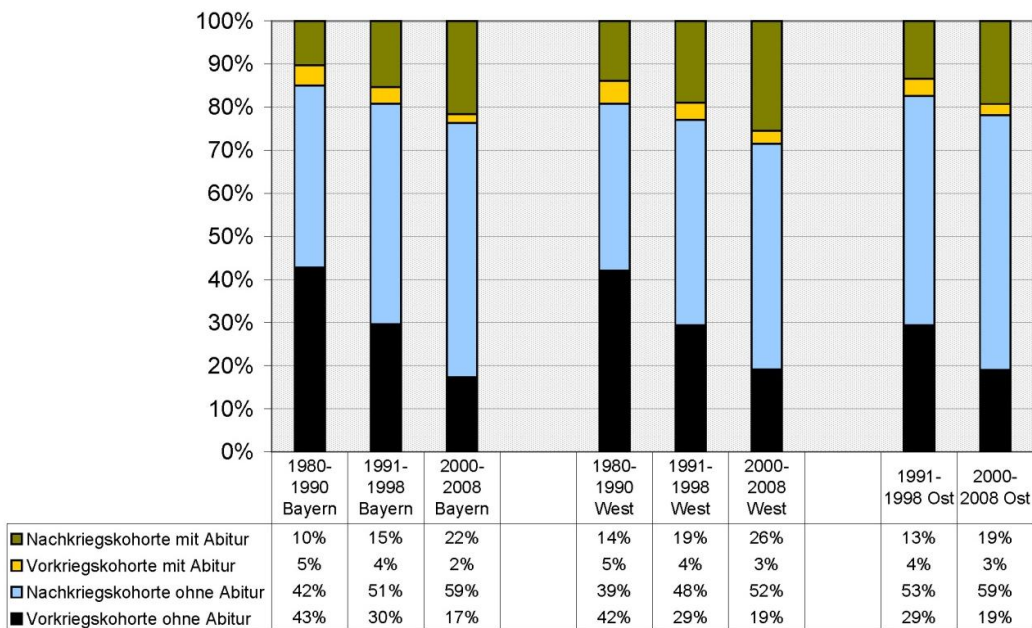
Schaubild 2
Subjektive Schichtzugehörigkeit



Die Angehörigen der oberen Mittelschicht wählen zwar überproportional CDU / CSU oder FDP, damit sind die Parteipräferenzen vor allem der jüngeren Generationen in der Wählergruppe mit höherer Schulbildung, die stark in der oberen Mittelschicht vertreten sind, noch nicht angemessen erfasst. Nach den Analysen von Müller und Klein¹⁷ neigen die Angehörigen der großenteils akademisch gebildeten sozialen und kulturellen Dienstklasse besonders stark zu den Grünen, wenn sie der Nachkriegsgeneration angehören. Als Korrektiv für die subjektive Schichtidentifikation, die den hierarchischen Gesellschaftsaufbau gut erfasst, soll deshalb die Einteilung in Wahlberechtigte mit und ohne Abitur herangezogen werden und zwar unterteilt in Vorkriegs- und Nachkriegsgeneration mit dem Stichjahr 1939. Die ab 1939 Geborenen konnten ihr Abitur frühestens gegen Ende der 1950er-Jahre ablegen; man kann annehmen, dass ihnen großenteils, wenigstens im Westen, liberale Bildungswerte vermittelt wurden.

An der Kombination von Schulbildung und Generationeneinteilung kann man zunächst den bereits erwähnten Befund ablesen, dass der Anteil der Vorkriegsgeneration an der Wählerschaft, von derselben Ausgangsposition in allen drei Regionen startend, mit derselben Geschwindigkeit in ganz Deutschland abnimmt. Gleichzeitig nimmt der Abiturientenanteil in der Nachkriegsgeneration überproportional zu, in Bayern von den 1980er-Jahren bis in dieses Jahrhundert von 10 auf 22 Prozent und in Westdeutschland auf einem höheren Niveau von 14 auf 26 Prozent. Am niedrigsten ist der Anteil in Ostdeutschland mit 13 bzw. 19 Prozent. Es handelt sich hier also um eine Wählergruppe, deren Größe sie zumindest im letzten Jahrzehnt als relevanten Nachfragefaktor auf dem Wählermarkt erscheinen lässt. Das Wahlverhalten dieser Gruppe soll erst in Kapitel 4 untersucht werden.

Schaubild 3
Bildungsstruktur nach Generation



3.2 Soziale Lage und Einstellung zum Sozialstaat

Im Unterschied zu sozialen Kerngruppen der traditionellen Spaltungsstruktur, den katholischen Kirchgängern als Kernwählern der Union und den Arbeitern als Kernwählern der SPD, wirkt sich die soziale Lage, in der sich ein Wähler befindet, eher indirekt auf sein Wählerverhalten aus. Wenn sozialpolitische Maßnahmen diskutiert oder umgesetzt werden, die den Einzelnen unmittelbar betreffen, wird das nicht ohne Wirkung auf sein Wählerverhalten bleiben, natürlich vor allem dann nicht, wenn die entsprechende Reform oder Reformidee zwischen den Parteien umstritten ist. Da hier nicht einzelne sozialpolitische Reformvorhaben der letzten 30 Jahre untersucht werden können, wird die allgemeine Einstellung zum Sozialstaat als die Eigenschaft analysiert, die zwischen der sozialen Lage und der Parteipräferenz vermittelt.

Einer der wichtigsten Indikatoren der sozialen Lage ist die Einkommenssituation des Haushalts. Im ALLBUS wird nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen gefragt, d. h. der „Summe, die nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge übrigbleibt“. Um diese Einkommen zwischen Haushalten verschiedener Größe vergleichbar zu machen, wird ein Äquivalenzeinkommen berechnet, das der Tatsache Rechnung trägt, dass die Kosten der Bedarfsgemeinschaft Haushalt nicht 1:1 mit der Haushaltsgröße zunehmen. Nach der

sog. neuen OECD-Gewichtung wird die erste Person im Haushalt mit 1, die anderen über 14-Jährigen mit 0,5 und Kinder bis 14 Jahre mit 0,3 gewichtet. Die Entwicklung des Medians dieses Nettoäquivalenzeinkommens ist in Schaubild 4 für Bayern und Westdeutschland seit 1980 und für Ostdeutschland seit 1991 dargestellt. Es zeigt sich das charakteristische Bild, das auch andere Indikatoren der sozialen Lage aufweisen werden: die schlechtere Ausgangslage Ostdeutschlands zusammen mit einem langsamen Aufhol- bzw. Anpassungsprozess an die alte Bundesrepublik. Für die Sozialpolitik sind nun nicht die Mediane nach Regionen getrennt die maßgebende Größe, z. B. für die Berechnung des Armutsrisikos, sondern der gesamtdeutsche Median, an dem sich die Einkommensverhältnisse der einzelnen Regionen messen lassen. Dabei interessiert das relative Einkommen, gemessen am Median der Gesamtverteilung im jeweiligen Zeitraum. Befragte, die in Haushalten mit einem geringeren Einkommen als $\frac{3}{4}$ des Medians leben, werden der unteren Einkommensgruppe zugerechnet und Befragte in Haushalten mit mehr als dem $1\frac{1}{2}$ -fachen des Medians sollen zur oberen Einkommensgruppe zählen. Der Rest zählt dann zu den mittleren Einkommen.

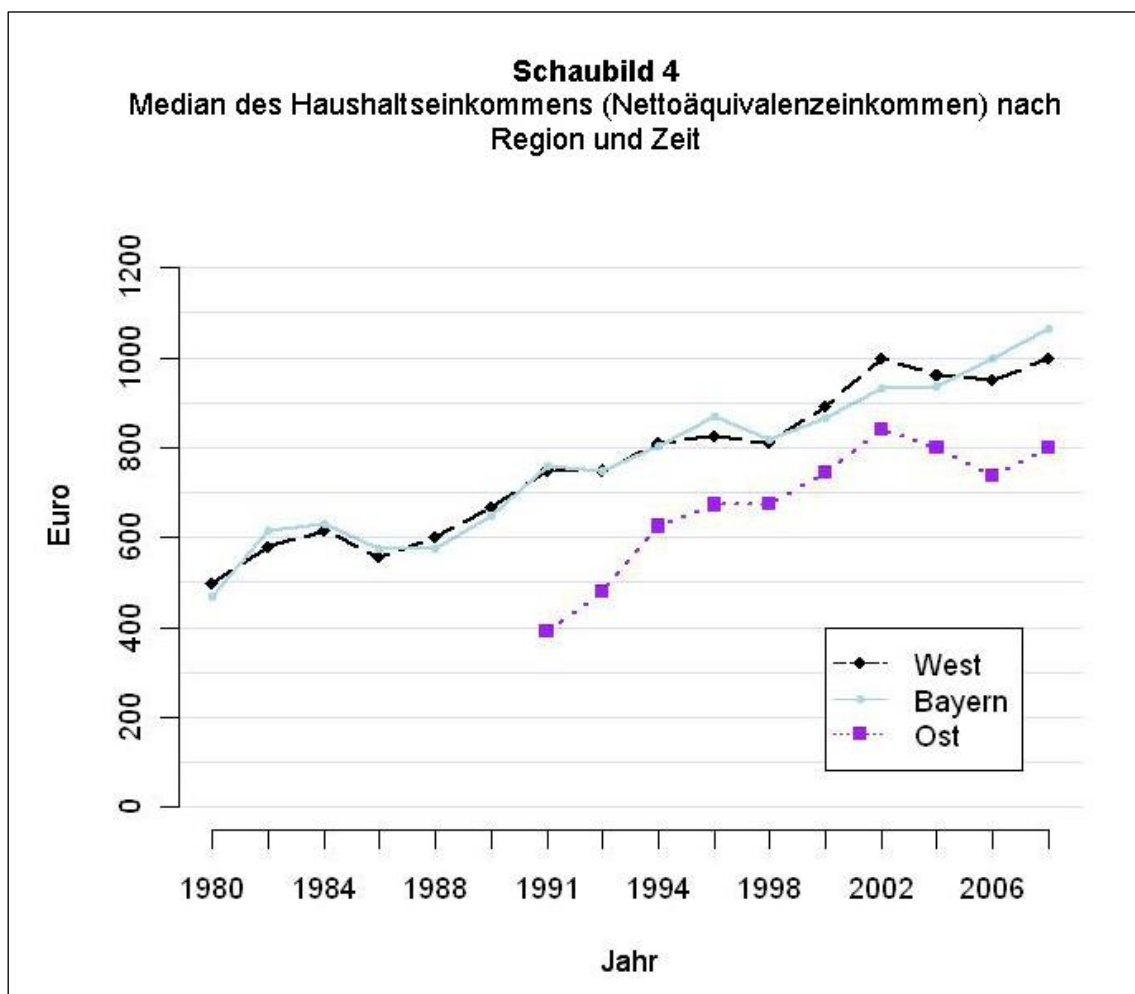
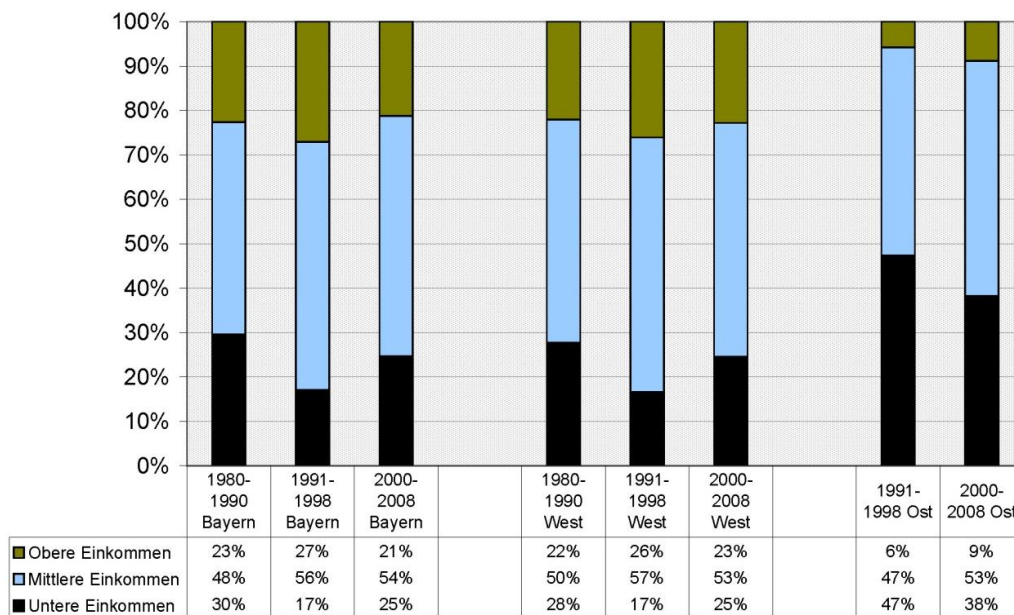


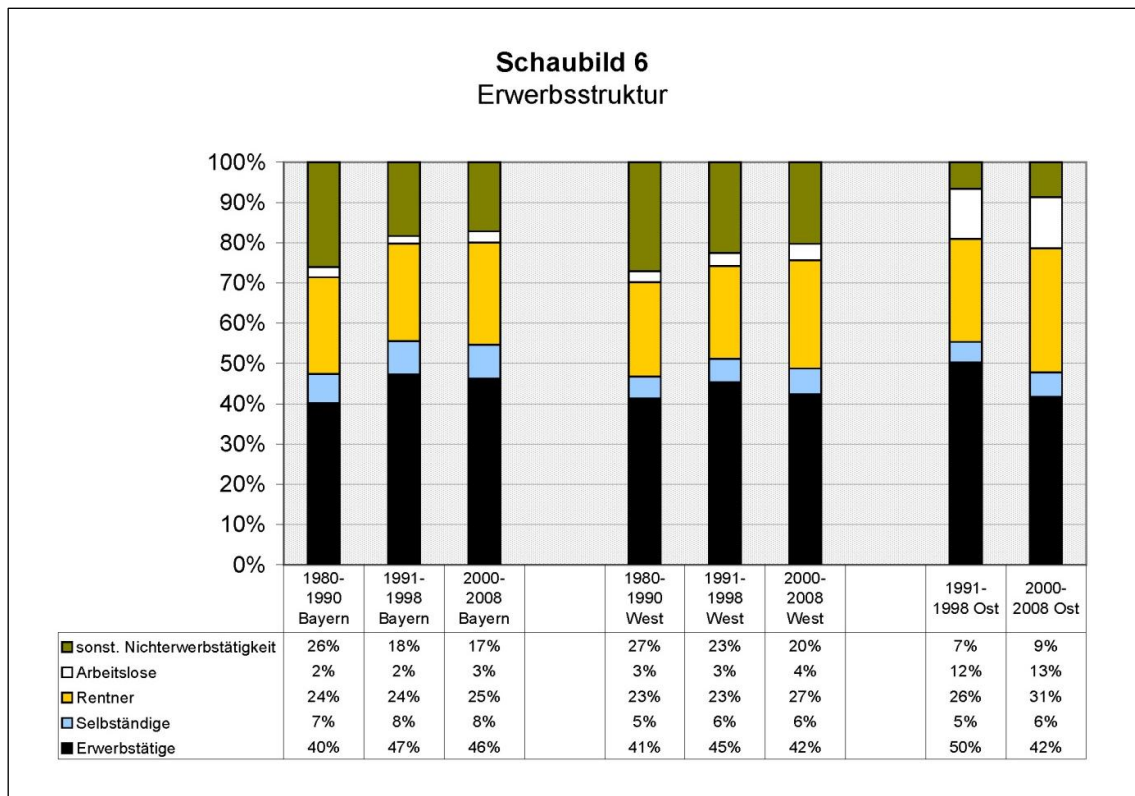
Schaubild 5
Einkommensstruktur



Vergleicht man zunächst Bayern mit Westdeutschland, bestätigt sich der bereits in Schaubild 4 erkennbare Befund: Es gibt keine Unterschiede. Auffallen mag der Rückgang der unteren Einkommensgruppe in den 1990er-Jahren. Dahinter verbirgt sich aber nur die Tatsache, dass ab 1991 die ostdeutschen Haushaltseinkommen mit zur Berechnung des gesamtdeutschen Medians herangezogen werden, was die relative Position in der alten Bundesrepublik verbesserte. In Ostdeutschland gehörten in den 90er-Jahren 47 Prozent der Wahlberechtigten der unteren Einkommensgruppe an; 10 Jahre später ist dieser Prozentsatz auf 38 gefallen, mit der Folge, dass die mittleren Einkommen mit 53 Prozent jetzt genauso stark vertreten sind wie im Westen. In Bayern und in Westdeutschland leben aber mehr Personen in Haushalten der oberen Einkommensgruppe, nämlich von 2000 bis 2008 21 bzw. 23 Prozent, während im Osten nur 9 Prozent zu dieser Gruppe gehören.

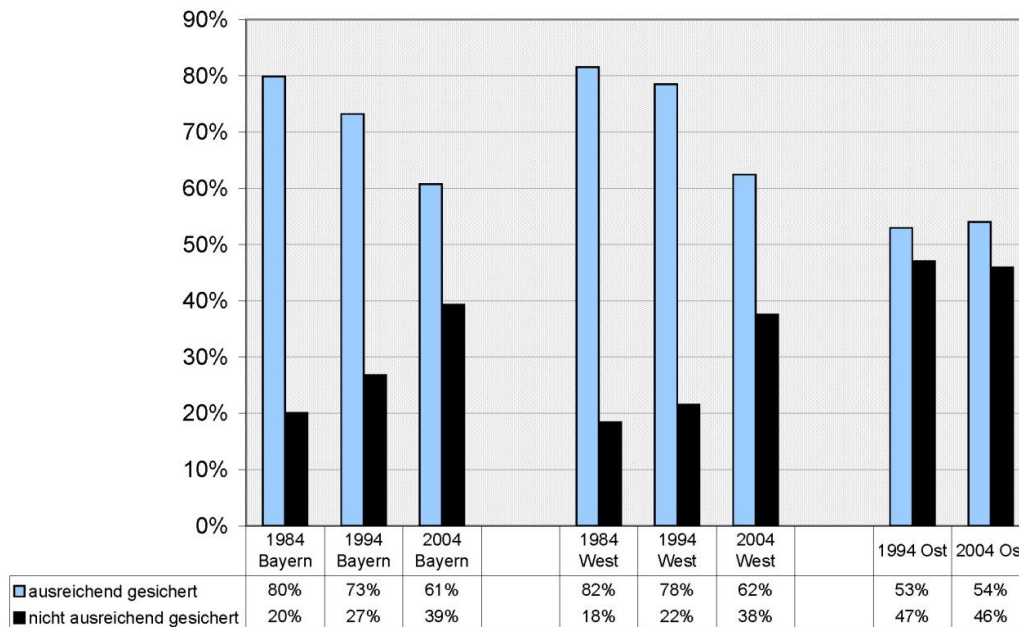
Die Einkommenssituation hängt ihrerseits stark vom Erwerbsstatus ab. Darunter sei hier verstanden die Einteilung der Wahlberechtigten in erwerbstätige Arbeitnehmer und Beamte, in erwerbstätige Selbständige, Rentner und Pensionäre, Arbeitslose und sonstige Nicht-Erwerbstätige. Die ersten beiden Gruppen zusammen ergeben die Erwerbsquote in der Wählerschaft. Sie beträgt in Ostdeutschland und im Westen ohne Bayern 48 Prozent, in Bayern 54 Prozent. Insgesamt ist etwa die Hälfte der Wahlberechtigten nicht erwerbstätig. Mit den Rentnern und Arbeitslosen sind in Bayern 28 Prozent auf Transfereinkommen angewiesen, in Westdeutschland 31 Prozent und im Osten sogar 44 Prozent. Der Hauptunterschied zwischen Ost und West betrifft die Gruppe der sonstigen Nicht-Erwerbstätigen, zu denen vor allem nicht berufstätige Frauen zählen. Erwartungsgemäß hat der entsprechende Prozentsatz im Westen

ab den 80er-Jahren kontinuierlich abgenommen, ohne freilich das niedrige ostdeutsche Niveau von 9 Prozent zu erreichen. Bekanntlich war in der DDR die Erwerbsquote der Frauen sehr hoch gewesen, was sich im Osten der 90er-Jahre noch in einer höheren Erwerbsquote als im Westen niederschlug, während es heute zum stärkeren Transferbereich beiträgt.



Ein subjektiver Indikator der sozialen Lage ist die empfundene Bedarfslage. Im ALLBUS wird sie mit folgender Frage erfasst: „Wie ist es mit Ihrer persönlichen Alterssicherung oder Sicherung vor Invalidität und im Krankheitsfall? Fühlen Sie sich ausreichend gesichert oder nicht ausreichend gesichert oder haben Sie sich darüber noch keine Gedanken gemacht?“ Diese Frage wurde im zehnjährigen Abstand gestellt, 1984, 1994 und 2004, wobei der Prozentsatz derer, die sich über ihre soziale Sicherung noch keine Gedanken gemacht hatten, leicht abnahm, von etwas über auf etwas unter 10 Prozent. Inhaltlich bedeutsam ist die starke Abnahme der deutschen Wahlberechtigten, die sich für ausreichend sozial gesichert halten. Waren es 1984 in der alten Bundesrepublik noch etwa 80 Prozent, fiel dieser Prozentsatz 2004 auf 61 Prozent in Bayern, auf 62 Prozent in Westdeutschland und blieb in Ostdeutschland auf dem niedrigen Niveau von etwas mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten. Der starke Abfall von 1994 auf 2004 in den alten Bundesländern kann gut mit dem Vierten Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, vulgo Hartz IV, in Zusammenhang gebracht werden, das noch kurz vor Jahresende 2003 verabschiedet wurde und zum 1. Januar 2005 in Kraft treten sollte und dann auch trat. Die Befragten des ALLBUS wussten also bereits über Hartz IV Bescheid, was mehr Leute als früher an ihrer sozialen Sicherung zweifeln ließ.

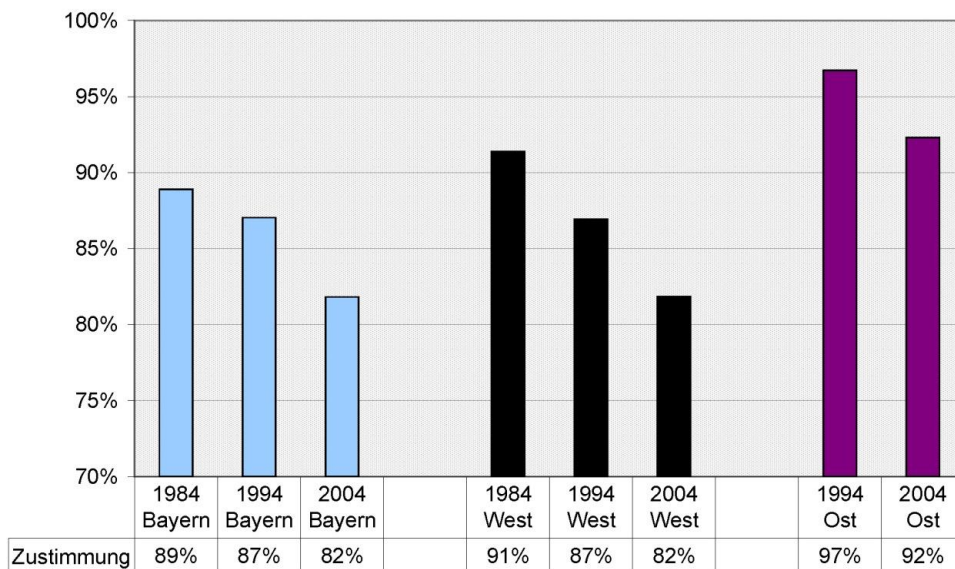
Schaubild 7
Empfundene Bedarfslage



Auch aus dieser subjektiven Sicht der deutschen Wählerschaft heraus ist es also lohnend, die Einstellung zum Sozialstaat und ihre Abhängigkeit von der sozialen Lage der einzelnen Wähler generell zu untersuchen. Wieder für die Jahre 1984, 1994 und 2004 stehen im ALLBUS Einstellungsdaten zum Sozialstaatsprinzip zur Verfügung. Dieses Prinzip wurde zum einen als Item positiv und einmal negativ formuliert. Die Befragten konnten sich jeweils mit dem Inhalt einverstanden erklären („stimme voll zu“, „stimme eher zu“) oder sie konnten das Item ablehnen („stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“). Die positive Formulierung lautete: „Der Staat muss dafür sorgen, dass man bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und Alter ein gutes Auskommen hat.“ Die negative Formulierung bringt die Sozialstaats-skepsis mit folgender Aussage zum Ausdruck: „Wenn die Leistungen der sozialen Sicherung wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitslosenunterstützung, und Frührenten so hoch sind wie jetzt, führt das nur dazu, dass die Leute nicht mehr arbeiten wollen.“

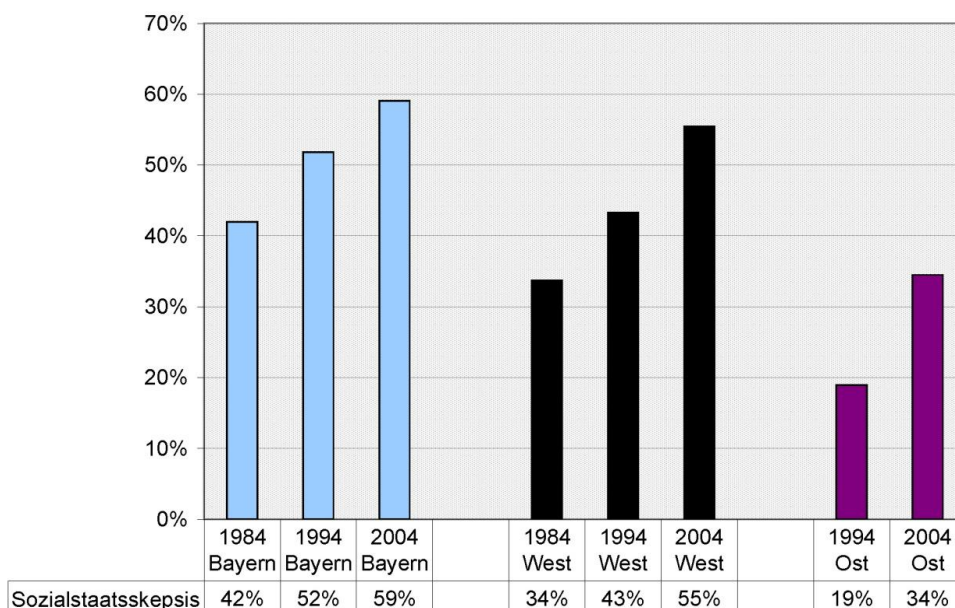
Dem positiv formulierten Sozialstaatsprinzip stimmt die weit überwiegende Mehrheit der Wählerschaft zu. Am höchsten war die Zustimmung im Osten 1994 mit 97 Prozent, doch auch in den alten Bundesländern lag die Zustimmung 1984 und 1994 um die 90 Prozent, wobei sich Bayern von den anderen westdeutschen Ländern in keiner Weise unterscheidet. Insgesamt nimmt aber in allen drei Regionen die Zustimmung leicht ab, auf 82 Prozent in den alten und auf 92 Prozent in den neuen Ländern.

Schaubild 8
Zustimmung zum Sozialstaatsprinzip



Dieser Trend bestätigt sich mit umgekehrten Vorzeichen für die Sozialstaatskepsis. Sie nimmt im selben Zeitraum in allen drei Regionen zu, besonders stark in Ostdeutschland. Allerdings ist sie dort 2004 mit 35 Prozent immer noch niedriger als in Westdeutschland mit 55 Prozent. Bayern liegt bei der Sozialstaatskepsis zu allen drei Zeitpunkten leicht über dem westdeutschen Niveau. Das könnte mit der niedrigeren Zahl von Transfergeld-Empfängern zusammenhängen.

Schaubild 9
Sozialstaatskepsis



Derartige Vermutungen können systematisch mit einer Regressionsanalyse überprüft werden. Vorausgesetzt werden soll die Einstellung zum Sozialstaat, wobei diese Einstellung als Index die Antworten auf das positiv und negativ formulierte Item zusammenfasst.¹⁸ Die Indikatoren der sozialen Lage wie Einkommensklasse und Erwerbsstatus werden als die Determinanten der Einstellung aufgefasst, wobei gleichzeitig die drei Regionen und die drei Zeitpunkte als Kontrollfaktoren dienen. Sollte die soziale Lage einer Person die Einstellung zum Sozialstaat signifikant beeinflussen und sollte sich zweitens im nächsten Abschnitt erweisen, dass die Einstellung zum Sozialstaat wichtig für die Parteipräferenz ist, kann man die Indikatoren der sozialen Lage über die klassischen Indikatoren der Spaltungsstruktur wie Konfession und Schicht hinaus als wesentliche Information zur Beschreibung der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaften einzelner Parteien ansehen. Sozialstaatsfragen bestimmen immer wieder die öffentliche Debatte und haben das Potenzial, sich wahlentscheidend auszuwirken.

Tabelle 3:

Soziale Lage, Periode und Region als Determinanten der Einstellung zum Wohlfahrtsstaat

| | Koeffizient | Standardfehler |
|-----------------------------|-------------|----------------|
| Konstante | 3.57 | (0.04) |
| Obere Einkommensschicht | -0.17 | (0.04) |
| Untere Einkommensschicht | 0.21 | (0.04) |
| Selbständige | -0.62 | (0.06) |
| Rentner und Arbeitslose | 0.07 | (0.04) |
| Sonstige Nichterwerbstätige | 0.09 | (0.04) |
| Bayern 1984 | 0.43 | (0.07) |
| Bayern 1994 | 0.27 | (0.08) |
| Bayern 2004 | 0.02 | (0.09) |
| West 1984 | 0.74 | (0.05) |
| West 1994 | 0.41 | (0.05) |
| Ost 1994 | 1.31 | (0.05) |
| Ost 2004 | 0.73 | (0.06) |
| R ² = 0.1233 | | |

Wie die Ergebnisse einer multiplen Regression zeigen (Tabelle 3), wirken sich die Indikatoren der sozialen Lage nur zum Teil erwartungsgemäß auf die Einstellung zum Sozialstaat aus. Personen in Haushalten der unteren Einkommensschicht sind mehr für und Personen der oberen Einkommensschicht mehr gegen den Sozialstaat, jeweils bezogen auf die mittlere Einkommensgruppe. Wenn man dagegen von Transferleistungen abhängig ist, hat dies entgegen der Erwartung keinen signifikanten positiven Effekt. Das liegt daran, dass Arbeitslose mit Rentnern und Pensionären zusammengefasst wurden. Hätte man sie getrennt aufgeführt, hätte sich ein positiver Effekt für die Arbeitslosen gezeigt, während sich Rentner und Pensionäre nicht von dem Sozialstaatsprinzip betroffen fühlen, wie es in den Fragen formuliert war. Sie fühlen sich nicht als Teil des Wohlfahrtsstaats für die ärmeren Bevölkerungsgruppen; schließlich haben sie sich ihre Altersbezüge erarbeitet. Ausgesprochene Gegner des hier erfassten Sozialstaatsprinzips, das man wohl besser Wohlfahrtsstaatsprinzip nennen könnte, sind die Selbständigen.

Bezugsgruppe für die Perioden- und Regionen-Effekte sind die Westdeutschen ohne Bayern im Jahr 2004. Von ihnen unterscheiden sich freilich die Bayern 2004 nicht signifikant. In diesen beiden Gruppen hat das Unterstützungsniveau für den Wohlfahrtsstaat das niedrigste Niveau im gesamten Untersuchungszeitraum erreicht. Bei den Ostdeutschen hat dieses Niveau von 1994 bis 2004 zwar auch abgenommen, es liegt aber auch 2004 immer noch signifikant über dem westdeutschen.

4. Die soziale Zusammensetzung von CSU- und CDU-Wählerschaft

Die Antworten der Befragten auf die Wahlabsichtsfrage unterliegen vielerlei kurzfristigen Einflüssen. So besteht ein bekannter Zyklus darin, dass die Regierungsparteien im Bund gegen Mitte der Legislaturperiode immer mehr an Zustimmung verlieren, um dann mit der heranrückenden nächsten Wahl wieder an Zustimmung zu gewinnen.¹⁹ Dieses kurzfristige Auf und Ab für die einzelnen Parteien wird durch dekadenweise Zusammenfassung der ALLBUS-Erhebungen großenteils kontrolliert. So war der CSU-Anteil in Bayern von 1980 bis 1990 in den zusammengefassten ALLBUS-Erhebungen genauso hoch wie von 2000 bis 2008. Die Hälfte der bayerischen Befragten gab im Durchschnitt an, CSU wählen zu wollen (vgl. Tabelle 4); ähnlich war der CDU-Prozentsatz in den 1980er-Jahren in Westdeutschland ohne Bayern 38,5 und in den 2000er-Jahren wieder fast genauso hoch mit 36,0, während er wie auch der CSU-Prozentsatz in den 1990er-Jahren im Durchschnitt etwas niedriger lag. Wie vielen Befragten das in absoluten Zahlen entspricht, ist der Tabelle ebenso zu entnehmen. Wie unschwer zu erkennen, sind diese Zahlen groß genug, um verlässliche Angaben über die Unions-Wählerschaft machen zu können.

CSU- und CDU-Wählerschaften werden im Folgenden zuerst im Hinblick auf die Merkmale der Spaltungsstruktur des deutschen Parteiensystems beschrieben, und zwar im Hinblick auf die sozialen Kerngruppen: katholische Kirchgänger als Kernwählerschaft der Union, Arbeiter als ursprüngliche Kernwählergruppe der SPD, die obere Mittelschicht und Oberschicht als Kerngruppe der bürgerlichen Parteien Union und FDP und höher Gebildete der jüngeren Generation als Kerngruppe der Grünen. Dann folgt im zweiten Unterabschnitt ein Vergleich von CSU- und CDU-Wählerschaft im Hinblick auf Indikatoren der sozialen Lage.

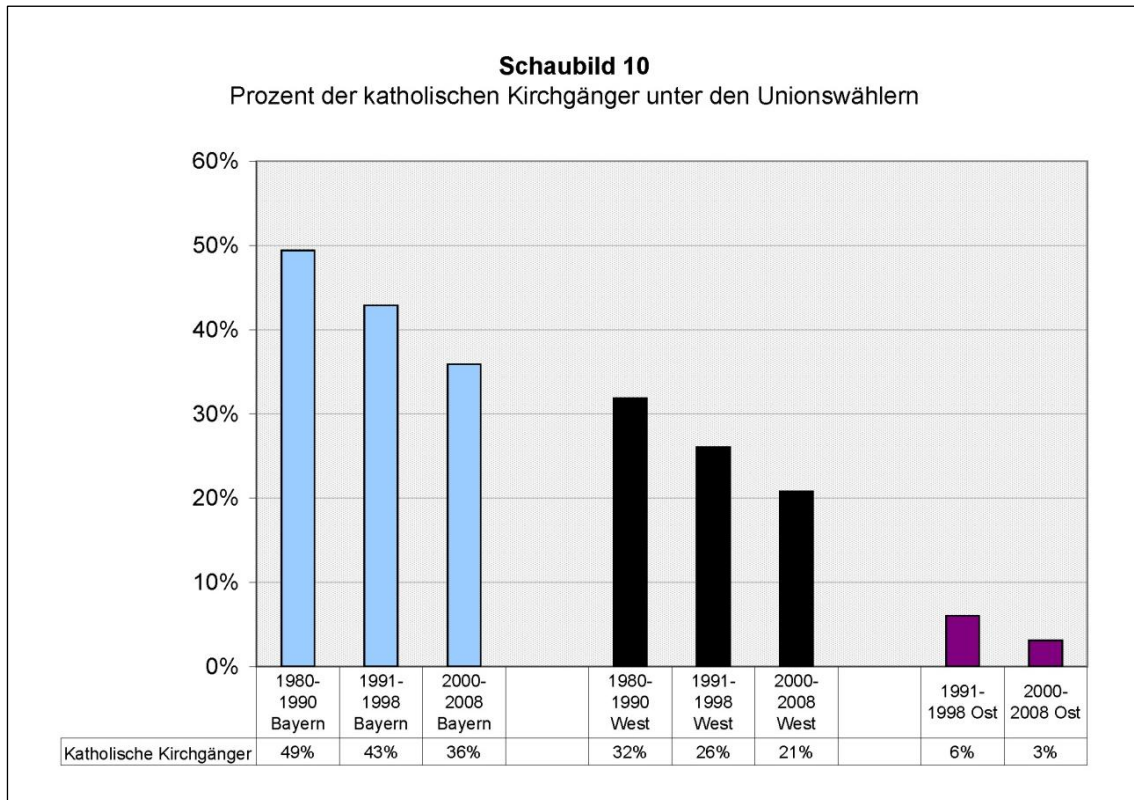
Tabelle 4: Parteipräferenz für CDU und CSU nach Periode und Zeit in Prozent der Befragten und in absoluten Zahlen

| | Bayern | West | Ost | | Bayern | West | Ost |
|-----------|--------|------|------|-----------|--------|-------|-------|
| 1980-1990 | 50 % | 38 % | | 1980-1990 | 1.185 | 4.226 | |
| 1991-1998 | 44 % | 31 % | 23 % | 1991-1998 | 565 | 1.859 | 867 |
| 2000-2008 | 50 % | 36 % | 30 % | 2000-2008 | 762 | 2.116 | 1.036 |

4.1 Kernwählergruppen der deutschen Parteien

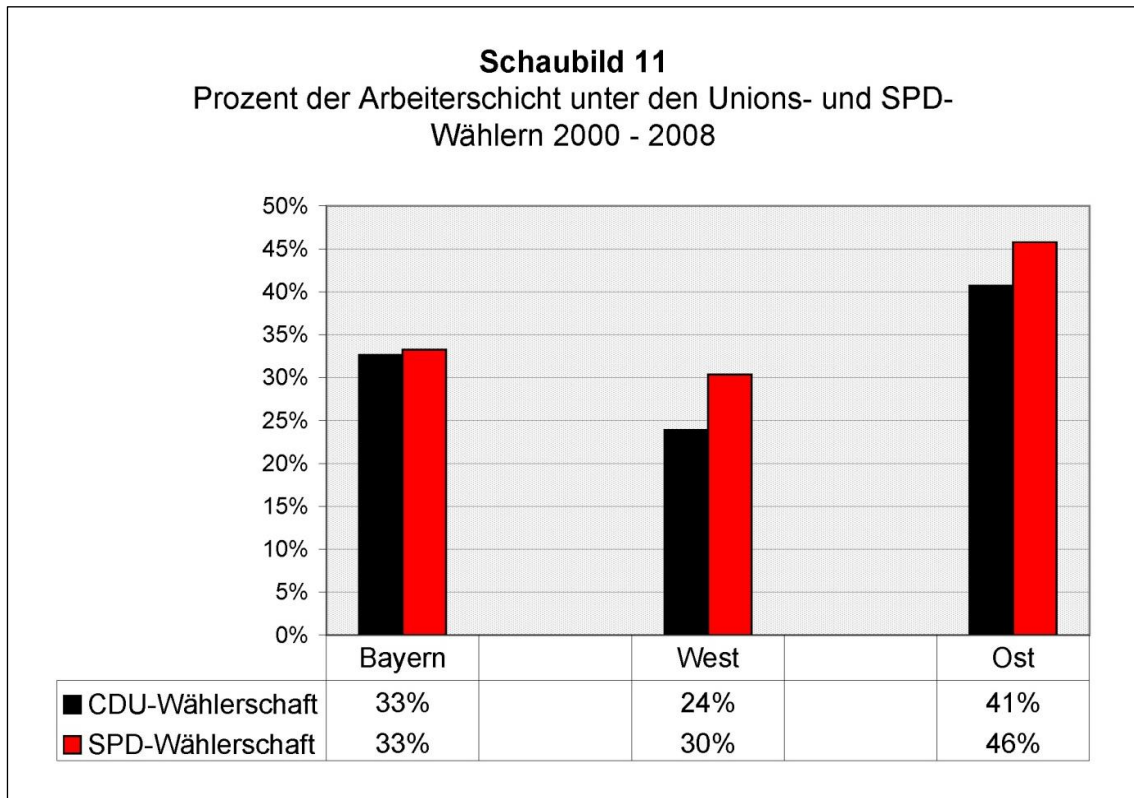
Die katholischen Kirchgänger sind eine der Kernwählergruppe der Union. Dabei müssen sich die Unionsparteien auf drei Entwicklungen einstellen. Erstens nimmt diese Bevölkerungsgruppe in der Gesamtwählerschaft als Folge zunehmender gesellschaftlicher Säkularisierung ab, zweitens lässt die Präferenz für eine sich christlich nennende Partei unter den jüngeren

katholischen Kirchgängern etwas nach und drittens hat sich die Konfessionsstruktur Gesamtdeutschlands durch die Wiedervereinigung stark zu Ungunsten der Union verändert. Für den Vergleich von CSU und CDU heißt dies, dass sich die CDU, aber weniger die CSU mit dieser Folge der Wiedervereinigung auseinandersetzen muss.



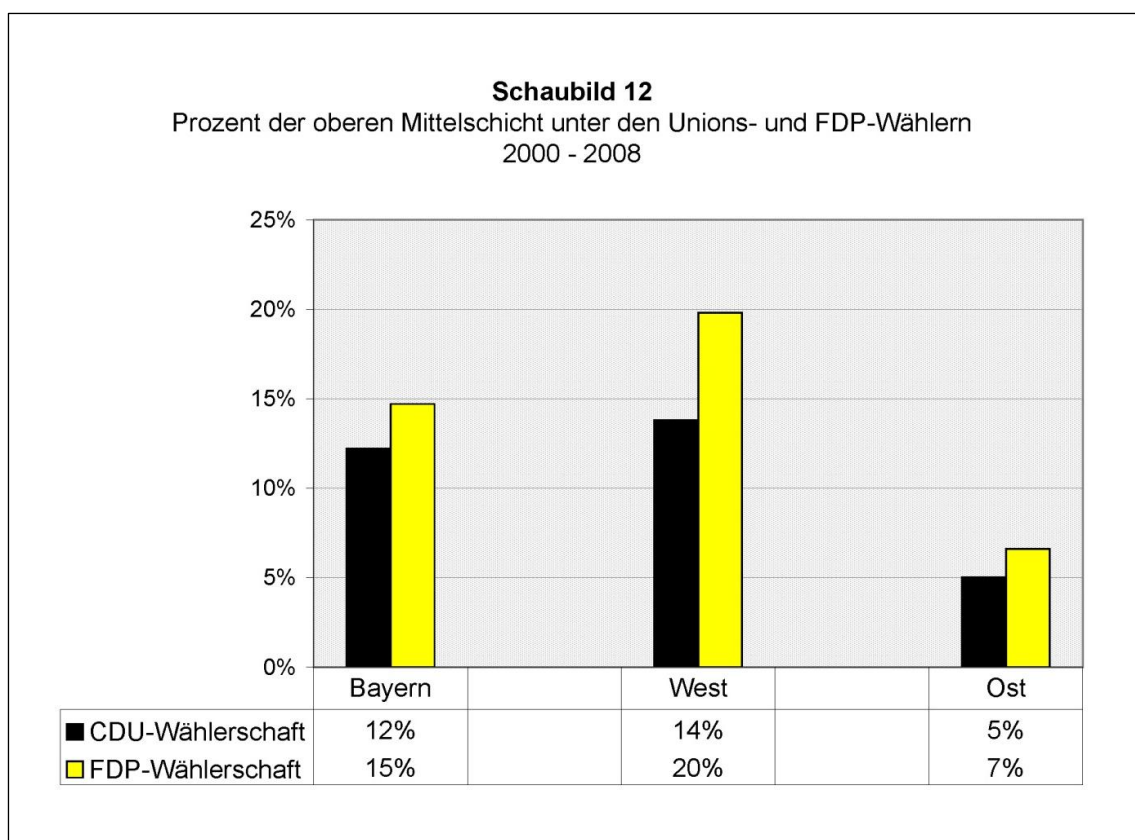
Die Konfessionsstruktur ist von allen hier untersuchten sozialen Merkmale dasjenige, das die drei Regionen am stärksten unterscheidet (vgl. Schaubild 1): Bayern als Land mit klarer katholischer Mehrheit und entsprechend am meisten katholischen Kirchgängern, Westdeutschland ohne Bayern mit nur relativer Mehrheit der den evangelischen Landeskirchen angehörenden Wahlberechtigten und einer katholischer Minderheit von einem Viertel und schließlich Ostdeutschland mit einer Mehrheit der Konfessionslosen und verschwindend kleiner katholischen Minderheit. In der wahlberechtigten Bevölkerung insgesamt konnten in Bayern in den 1980er-Jahren noch 34 Prozent als katholische Kirchgänger eingestuft werden, zehn Jahre später 27 Prozent und von 2000 bis 2008 25 Prozent. Das entspricht einem klaren negativen Trend, der aber relativ bescheiden ausfällt. Innerhalb der CSU-Wählerschaft war der Rückgang dieser Kerngruppe dagegen sehr viel stärker ausgeprägt. Hier ging der Prozentsatz von 49 Prozent, also knapp der Hälfte und damit einer deutlichen Überrepräsentation dieser Gruppe in der CSU-Wählerschaft, auf jetzt 36 Prozent zurück, also auf etwa ein Drittel. Das entspricht aber immer noch einer Überrepräsentation, die, auf niedrigerem Niveau, auch für die westdeutsche CDU zu beobachten ist (vgl. Schaubild 10).

Der starke Rückgang der christsozialen Kernwählerschaft der CSU und der CDU hängt nicht nur mit der allgemeinen Entkirchlichung der deutschen Gesellschaft zusammen, sondern auch mit Abschwächungen dieser traditionellen Parteipräferenz bei den katholischen Kirchgängern der jüngeren Generationen.



Die zweite traditionelle Kernwählerschaft für eine Partei sind die sozialdemokratisch wählenden Arbeiter. Hier empfiehlt sich also ein Vergleich von Unions- und SPD-Wählern, um der Frage nach der heutigen Bedeutung dieser Gruppe unter den jeweiligen Parteiwählerschaften nachzugehen. Dabei kann der Vergleich auf die Jahre 2000 bis 2008 beschränkt werden, weil sich die Schichtstruktur der deutschen Gesellschaft in den letzten 30 Jahren nicht wesentlich verändert hat (vgl. Schaubild 2). Dabei zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien in der Repräsentation der Arbeiterschicht äußerst gering und in Bayern ganz verschwunden sind. Unter CSU- und SPD-Wählern in Bayern sind die Arbeiter ziemlich genau ihrem Anteil an der Gesamtwählerschaft entsprechend vertreten. Dagegen sind die Arbeiter in der CDU West- und Ostdeutschlands verglichen mit der Wählerschaft insgesamt unterrepräsentiert. Dass diese Unterrepräsentation bei der CSU nicht auftritt, ist auch ihrem Charakter als bayerischer Mehrheitspartei zu verdanken. Eine Partei, für die sich die Hälfte der Wähler ausspricht, spiegelt logischerweise die soziale Zusammensetzung des Elektorats besser wider als eine Partei, für die sich nur 36 oder 30 Prozent aussprechen, wie für die CDU in West- oder Ostdeutschland (vgl. Tabelle 4). Selbst wenn der

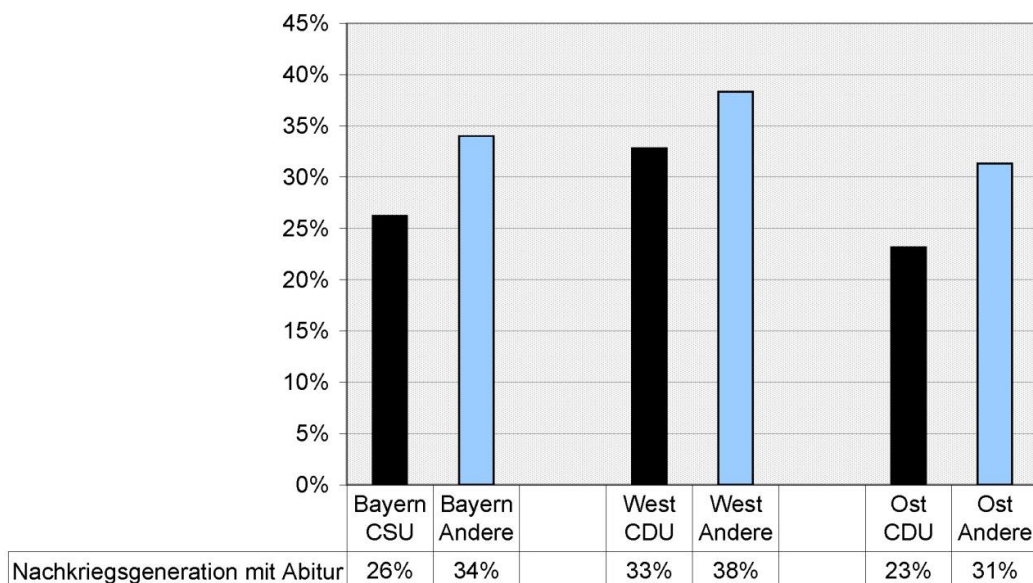
Prozentsatz der Arbeiter unter den ostdeutschen CDU-Wählern größer ist als unter den CSU-Wählern, darf nicht übersehen werden, dass hier trotzdem eine leichte Unterrepräsentation zum Ausdruck kommt. Im ostdeutschen Elektorat stufen sich immerhin 47 Prozent in die Arbeiterschicht ein, unter den ostdeutschen CDU-Wählern aber nur 41 Prozent. Gleichzeitig kommt hier auch die SPD-Wählerschaft nur knapp an eine durchschnittliche Arbeiterrepräsentation heran. Das liegt im Osten an der PDS bzw. der Linken, die heute, nach dem Übergangsweisen „honeymoon“ der ostdeutschen Arbeiter mit der CDU unmittelbar nach der Wiedervereinigung,²⁰ viel mehr Resonanz unter den Arbeitern findet als in der unmittelbaren Nachwendzeit.



Die direkt mit der Union konkurrierende Partei bei der Repräsentation der oberen Mittelschicht und der Oberschicht ist die FDP. In ihrer Wählerschaft sind Angehörige dieser Schichten in allen drei Regionen stärker vertreten als in der Union (vgl. Schaubild 12) und auch stärker als in der Wählerschaft insgesamt (vgl. Schaubild 2). Trotzdem ist auf die leichte Überrepräsentation dieser Schicht auch unter den Wählern der Union hinzuweisen. Zusammen mit der Tatsache, dass die Unionswählerschaft sehr viel größer ist als die FDP-Wählerschaft, heißt das, dass mehr Angehörige dieser Schicht in der CDU und CSU ihre politische Heimat haben als in der FDP.

Politisch sind obere Mittelschicht und Oberschicht freilich keine Schichten mit homogenen Interessen. Viele Wahlberechtigte mit Abitur aus der Nachkriegsgeneration dürften sich auch in die obere Mittelschicht einstufen, was sie nicht unbedingt zu „bürgerlichen“ Wählern macht. Bei ihnen ist nach den Ergebnissen von Müller und Klein²¹ eher eine Präferenz für die Grünen oder auch die SPD zu vermuten. Deshalb sei die Repräsentation dieser Gruppe, die im Zeitraum 2000 bis 2008 immerhin schon ein Fünftel bis ein Viertel der Gesamtwählerschaft ausmacht, in der Unionswählerschaft mit der in der Wählerschaft der anderen Parteien zusammen verglichen (vgl. Schaubild 13). Der Befund ist eindeutig. In allen drei Regionen ist diese Gruppe unter den Unionswählern weniger vertreten als in den anderen Parteien. Diesen gelingt ein besserer Zugang zu dieser Gruppe. Würde man die Grünen hier getrennt betrachten, würde die Überrepräsentation unter den Wählern dieser Partei noch stärker hervortreten.

Schaubild 13
 Prozent der Nachkriegsgeneration mit Abitur in den
 Parteiwählerschaften 2000 bis 2008



4.2 Die soziale Lage der Parteiwählerschaften

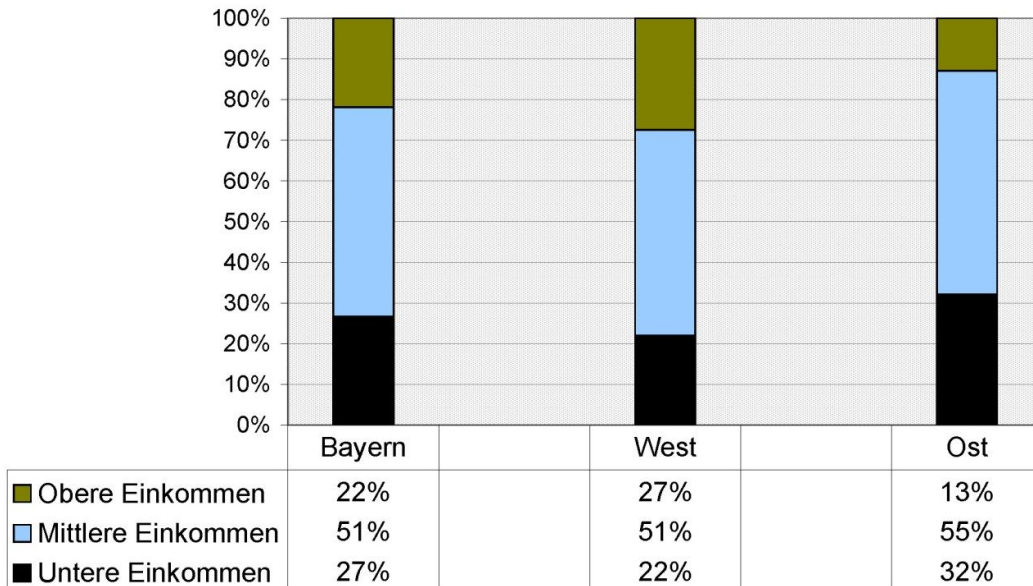
Die in diesem Abschnitt zu besprechenden Indikatoren der sozialen Lage definieren nicht so unmittelbar wie die im letzten Abschnitt besprochenen Merkmale Kernwählerschaften einzelner Parteien. Wie bereits betont, wirken sie sich vorwiegend indirekt über die Einstellung zum Sozialstaat auf die Parteipräferenzen aus. Der Zusammenhang zwischen Einstellung und Parteipräferenz soll hier zunächst überprüft werden. Dafür werden aus dem Summenindex, der von vollständiger Ablehnung des Wohlfahrtsstaats mit 0 bis zu vollständiger Zustimmung mit 6 läuft, drei Gruppen gebildet: 1. die Ablehner mit Werten von 0 und 1, was bei den Items einer konsequenten Ablehnung entspricht, 2. eine große Mittelgruppe mit Werten von 2 bis 4, was einer gemischten Einstellung mit teils positiver und teils negativer Antworttendenz entspricht, und 3. die konsequenten Befürworter mit den Werten 5 und 6. Für die Auswertung werden Bayern und Westdeutschland zusammengefasst, da zwischen diesen alten Bundesländern kaum Unterschiede bestehen. Ostdeutschland bleibt natürlich wegen einer ganz anderen Ausgangsposition getrennt.

Tabelle 5: Einstellung zum Wohlfahrtsstaat 2004 nach Parteiwählerschaften

| | 1. West und Bayern | | | | 2. Ost | | |
|-------------|--------------------|----------|---------|-------------|---------|----------|---------|
| | negativ | gemischt | positiv | | negativ | gemischt | positiv |
| CDU / CSU | 6 % | 81 % | 14 % | CDU / CSU | 3 % | 72 % | 25 % |
| SPD | 2 % | 79 % | 19 % | SPD | 1 % | 70 % | 30 % |
| FDP | 7 % | 80 % | 14 % | FDP | 2 % | 73 % | 25 % |
| Grüne | 2 % | 76 % | 22 % | Grüne | 2 % | 72 % | 27 % |
| PDS / Linke | 5 % | 67 % | 29 % | PDS / Linke | 0 % | 63 % | 37 % |
| Gesamt | 4 % | 79 % | 16 % | Gesamt | 1 % | 69 % | 29 % |

Wie aus der Gesamtzeile hervorgeht, gibt es nur äußerst wenige konsequente Ablehner des Wohlfahrtsstaats. Die relevanten Unterschiede betreffen den Prozentsatz der konsequenten Unterstützer. Dies sind insgesamt im Westen 16 Prozent und im Osten erheblich mehr mit 29 Prozent. Am stärksten ist diese Gruppe 2004 unter den Wählern der PDS und Vorläufern der WASG und der späteren Linken mit 29 Prozent im Westen und sogar 37 Prozent im Osten vertreten. In der Unionswählerschaft ist die Gruppe leicht unterrepräsentiert mit genau denselben Prozentsätzen wie in der FDP: 14 Prozent im Westen und 25 Prozent im Osten. Die SPD-Wählerschaft liegt ganz leicht über dem Durchschnitt. Insgesamt läuft das auf eine Konfliktlinie zwischen den westdeutschen Altparteien und der Linken hinaus, mit deutlich mehr Wohlfahrtsstaatsanhängern im Osten bei allen Parteien.

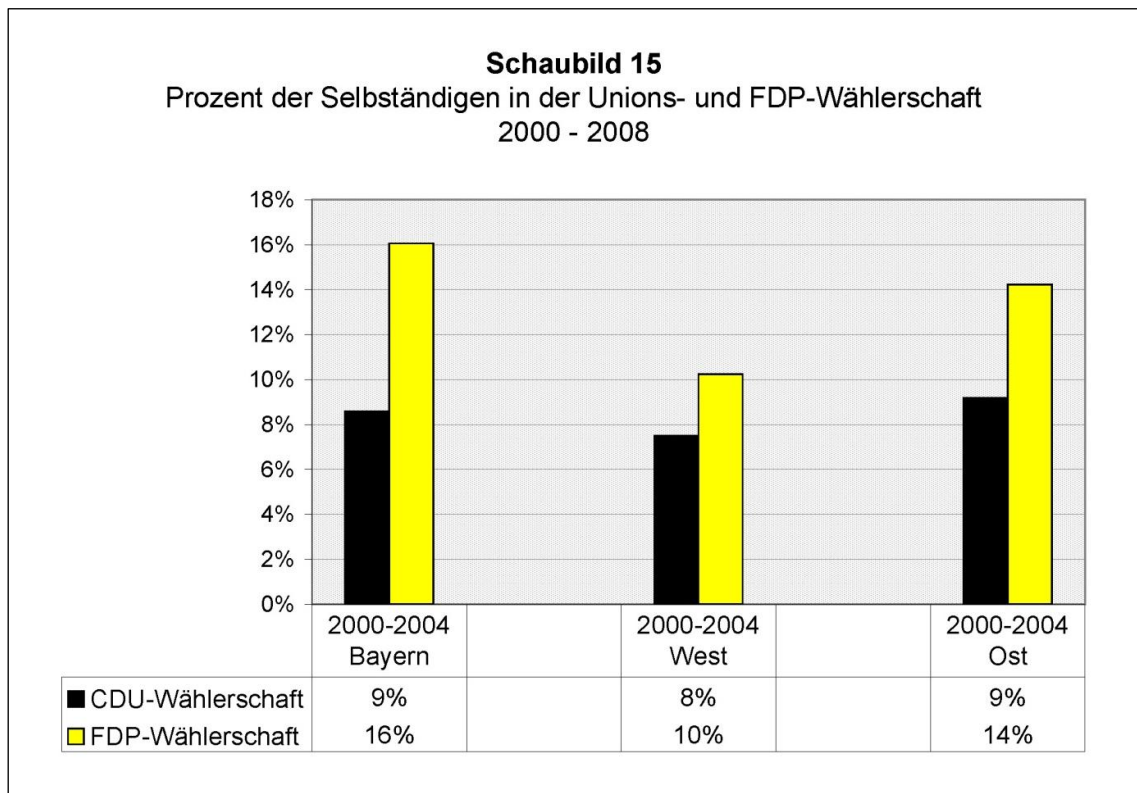
Schaubild 14
 Prozent der verschiedenen Einkommensgruppen in der
 Unionswählerschaft 2000 - 2008



Dass der Hauptunterschied der sozialen Lage zwischen west- und ostdeutschen Unionsanhängern besteht, bestätigt auch die Einkommensverteilung (vgl. Tabelle 14). In Bayern gehören in der letzten Untersuchungsperiode 22 Prozent und in Westdeutschland sogar 27 Prozent der Unionswähler zur oberen Einkommensgruppe, deren Haushaltsnettoeinkommen mehr als das Eineinhalbfache des Medians beträgt, im Osten aber nur 13 Prozent. Trotzdem ist hier der Unterschied zwischen CSU- und westdeutscher CDU-Wählerschaft auch nicht zu übersehen. Die CSU ist mehr in der Mitte der Gesellschaft verankert als die westdeutsche CDU. Erst ein Zusammenlegen von west- und ostdeutscher CDU gleicht die CDU der CSU an.

Als Letztes wird ein sozialstrukturelles Merkmal zur Beschreibung der Parteiwählerschaften verwendet, das sich für die Einstellung zum Wohlfahrtsstaat als sehr wirksam herausgestellt hat, das sich aber nicht in dieser Bedeutung erschöpft. Traditionell werden die Selbständigen als ein Hort der bürgerlichen Parteien angesehen, bei der FDP nur während der Zeit der sozialliberalen Koalition etwas gedämpft.²² Nach den Analysen sind diese traditionellen Bindungen in den jüngeren Generationen aber dabei, sich aufzulösen. Vergleicht man daraufhin die Anteile der der Erwerbsbevölkerung angehörenden Selbständigen unter allen Wahlberechtigten (vgl. Schaubild 6) mit dem Anteil in der Unions-Wählerschaft (vgl. Schaubild 15) im Untersuchungszeitraum 2000 bis 2008, ergeben sich noch leicht überdurchschnittliche Anteile in der Unions-Wählerschaft aller drei Regionen, am stärksten ausgeprägt mit 9 im Vergleich zu 6 Prozent in Ostdeutschland. Insgesamt sind die regionalen Unter-

schiede aber gering. Mit einem Prozentsatz von knapp unter 10 Prozent ist die Bedeutung der Selbständigen in der Unionswählerschaft aber gering, mit 16 Prozent in Bayern und 14 Prozent in Ostdeutschland sind die FDP-Werte höher.



5. Schlussfolgerungen für den Vergleich von CSU- und CDU-Wählerschaft

Ein Vergleich der Unions-Wählerschaft nach Region und Periode führt zu folgenden Ergebnissen:

1. Der Untersuchungszeitraum von 1980 bis 2008 ist durch einen starken Wandel der Konfessionsstruktur insofern gekennzeichnet, als der Anteil der katholischen Kirchgänger allgemein abnimmt. Das ist für die Union bedeutsam, weil diese Gruppe immer eine ihrer Kernanhängerschaften darstellte. Das gilt insbesondere für die CSU, unter deren heutigen Wählern die katholischen Kirchgänger nicht mehr die Hälfte wie in den 1980er-Jahren, sondern nur noch ein Drittel ausmachen. Trotzdem ist diese Kernwählerschaft nicht zu vernachlässigen, wenn es um Anpassungen der CSU an die Linie der weniger wertkonservativen CDU geht, die schließlich auch viele konfessionslose Ostdeutsche und nicht kirchengebundene Protestanten vertritt.

2. Der hierarchische Aufbau der deutschen Gesellschaft hat sich in Westdeutschland in dreißig Jahren kaum verändert, mit den Ostdeutschen ist aber eine Teilgesellschaft hinzugekommen mit einem höheren Anteil von Wählern, die sich der Arbeiterschicht zurechnen. Dadurch hat die Wiedervereinigung den Schichtunterschied in den Wählerschaften von CSU und westdeutscher CDU, nämlich das etwas größere Gewicht der Arbeiterwähler bei der CSU, abgeschwächt. Die ostdeutsche CDU allein hat wegen der höheren Arbeiteranteile im Osten auch mehr Arbeiter als sowohl CSU wie auch westdeutsche CDU in ihren Reihen.

3. Längerfristige Veränderungen der Sozialstruktur des Elektorats werden durch den Prozess der Generationensukzession in Gang gesetzt. So haben die jüngeren Generationen eine höhere Schulbildung, hier gemessen mit dem Anteil der Befragten mit Abitur, als die älteren. Gleichzeitig haben die Abiturienten der Nachkriegsgeneration andere, linkere politische Orientierungen als die Altakademiker der Vorkriegsgeneration. Das bewirkt eine Unterrepräsentation der höher Gebildeten in der Nachkriegsgeneration in der Unions-Wählerschaft im Vergleich zur Wählerschaft der anderen Parteien. In Bayern trägt dazu beim Vergleich von CSU und westdeutscher CDU auch der niedrigere Abiturientenanteil in der Wahlbevölkerung bei.

4. Bei den gängigen Indikatoren der sozialen Lage wie Einkommen oder Erwerbsstatus bestehen nur kleinere Unterschiede zwischen Bayern und dem Rest Westdeutschlands, dafür aber sehr große Unterschiede gegenüber der ostdeutschen Wählerschaft. Die soziale Lage wirkt sich dabei nicht unmittelbar auf die Parteipräferenz aus, sondern vermittelt über die Einstellung zum Wohlfahrtsstaat. Und hier ist die CDU wegen ihrer ostdeutschen Wählerschaft mehr als die CSU gefordert, die Wohlfahrtsansprüche der unteren Einkommensgruppen und der Empfänger von Transferleistungen zu berücksichtigen. Mit der Linken konnte sich hier eine gesamtdeutsche Partei mit dem Anspruch etablieren, die Interessen der unteren Einkommensgruppen in besonderer Weise zu vertreten. Wie das Beispiel der Hartz-IV-Reform gezeigt hat, kann eine Partei mit bestimmten Reformideen hier leicht auf vermintes Gelände geraten.

Anmerkungen

- * Ich danke Frau Anna-Sophie Kurella, B. A., für die ALLBUS-Auswertungen und die Anfertigung der Schaubilder und Tabellen.
- ¹ Elff, Martin / Roßteutscher, Sigrid: Die Entwicklung sozialer Konfliktlinien in den Wahlen von 1994 bis 2005, in: Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, hrsg. von Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels und Jürgen W. Falter, Wiesbaden 2009, S. 307-327.
- ² Koch, Achim / Wasmer, Martina: Der ALLBUS als Instrument zur Untersuchung sozialen Wandels: Eine Zwischenbilanz nach 20 Jahren, in: Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten, hrsg. von Rüdiger Schmitt-Beck, Martina Wasmer und Achim Koch, Wiesbaden 2004, S. 13-41.
- ³ Die Daten werden von Gesis Datenarchiv für Sozialwissenschaften zur Verfügung gestellt. Der hier ausgewertete Datensatz ist unter der Studien-Nr. 4570 archiviert und als DVD Release 2010.12 (ISSN 1865-3588) verfügbar.
- ⁴ In die rein sozialstrukturellen Tabellen werden die West-Berliner mit einbezogen. Da sie das Wahlrecht zur Bundestagswahl aber erst 1990 bekamen, werden sie nicht zur Wählerschaft der einzelnen Parteien von 1982 bis 1990 gezählt. 1980 war ihnen die normale Sonntagsfrage gestellt worden.
- ⁵ Vgl. insbesondere die neuen Untersuchungen, die sich auf die ALLBUS-Daten stützen: siehe Pappi, Franz Urban / Brandenburg, Jens: Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 62/2010; Müller, Walter / Klein, Markus: Die Klassenbasis in der Parteipräferenz des deutschen Wählers. Erosion oder Wandel?, in: Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift, hrsg. von Rüdiger Schmitt-Beck, 2011, im Erscheinen.
- ⁶ So kritisch Elff / Roßteutscher: Die Entwicklung sozialer Konfliktlinien in den Wahlen von 1994 bis 2005, hier S. 307 unter Bezug auf eine Reihe von Autoren.
- ⁷ Pappi, Franz Urban / Mnich, Peter: Germany (BRD), in: Electoral Change: Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries, hrsg. von Mark N. Franklin, Thomas T. Mackie, Henry Valen u. a., Cambridge 1992, S. 179-204; Müller, Walter: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50/1998, S. 3-46.
- ⁸ Pappi / Brandenburg: Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland, S. 459-483, hier S. 480.
- ⁹ Ebd., S. 478.
- ¹⁰ Goldthorpe, John H.: The Service Class Revisited, in: Social Change and Middle Classes, hrsg. von Tim Butler und Mike Savage, London 1995, S. 313-329.
- ¹¹ Müller: Klassenstruktur und Parteiensystem.
- ¹² Pappi / Brandenburg: Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland.
- ¹³ Müller: Klassenstruktur und Parteiensystem.
- ¹⁴ Kriesi, Hanspeter: The transformation of cleavage politics: The 1997 Stein Rokkan lecture, in: European Journal of Political Research 33/1998, S. 165-185.
- ¹⁵ Müller / Klein: Die Klassenbasis in der Parteipräferenz des deutschen Wählers.
- ¹⁶ Die wenigen Befragten, die sich der Oberschicht zurechnen, werden mit den Befragten der oberen Mittelschicht zusammengefasst.
- ¹⁷ Müller / Klein: Die Klassenbasis in der Parteipräferenz des deutschen Wählers.

- ¹⁸ Die Antworten bei der positiven Fassung laufen von 0 („stimme überhaupt nicht zu“) bis 3 („stimme voll zu“), während bei der negativen Fassung 0 bedeutet „stimme voll zu“ und 3 „stimme überhaupt nicht zu“. Dann können beide Variablen aufsummiert werden und der entsprechende Summenindex erfasst Grade, von 0 bis 6 laufend, der Zustimmung zum Sozialstaatsprinzip.
- ¹⁹ Dieser Zusammenhang wird manchmal als Dinkel-Kurve bezeichnet, weil er zum ersten Mal von Dinkel, Reiner: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: Politische Vierteljahresschrift 18/1977, S. 348-359, nachgewiesen wurde. Er spielt auch in der neueren Forschung eine Rolle, wo er z. B. mit dem sog. kompensatorischen Wählen erklärt wird; siehe Kedar, Orit: Voting for Policy, not Parties. How Voters Compensate for Power Sharing, Cambridge 2009. Um die Bundesregierung zu einem mittleren Kurs zu zwingen, wählt man bei Landtagswahlen eher Oppositionsparteien im Bund, was über den Bundesrat einen Ausgleich schafft.
- ²⁰ Pappi / Brandenburg: Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland.
- ²¹ Müller / Klein: Die Klassenbasis in der Parteipräferenz des deutschen Wählers.
- ²² Ebd.

Verantwortlich

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Autor

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Urban Pappi

emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim; Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)

„Aktuelle Analysen“

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland – Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) – Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands

- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht: anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien

- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik. Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?
- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 – Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess – Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens – Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse

- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei – Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich